

## **Digitalisierung und Demokratieentwicklung: Kommunikation, Partizipation, Infrastruktur**

### **Kurzfassung**

Die Digitalisierung trägt erheblich zum gesellschaftlichen und politischen Wandel bei, bestimmt diesen aber nicht. Digitale Technik sollte stattdessen als ein Möglichkeitsraum verstanden werden, der die Optionen gesellschaftlicher Entwicklungen erweitert. Die demokratische Selbstbestimmung wird also nicht eingeschränkt, sondern eher erweitert.

Die öffentliche Sphäre und die politische Teilhabe stellen essentielle Bestandteile einer lebendigen Demokratie dar. Sowohl die öffentliche Kommunikation, als auch die Partizipation durchlaufen Transformationsprozesse. Im Bereich der Öffentlichkeit beobachten wir den Aufstieg der Kommunikationsplattformen zu neuen Formen von Massenmedien. Facebook, Twitter und YouTube ermöglichen, dass sich BürgerInnen auch außerhalb von Wahlen öffentlich artikulieren können. Hätte man vor 20 Jahren noch erwartet, dass diese Erweiterung des politischen Diskurses die Demokratie stärkt, stehen Plattformen heute im Verdacht, die Demokratie durch die Verbreitung von Desinformation und Hassrede zu untergraben. In welchem Umfang die Meinungsmacht von Plattformen für Polarisierung und politischen Extremismus verantwortlich gemacht werden kann, ist wissenschaftlich jedoch umstritten.

Die junge Generation ist nicht weniger politisch als vorherige Generationen. Allerdings erweitern sich im Zuge der Digitalisierung die Formen und Formate politischer Partizipation. Obwohl Verbände und Parteien immer noch eine große Rolle spielen, zeichnet sich ab, dass junge Erwachsene temporäre und themenbezogene Beteiligungsformate gegenüber langfristigen Bindungen an Parteien bevorzugen. Ein zentraler Kritikpunkt lautet, dass digitale Formen der Beteiligung soziale Ungleichheiten verstärken und damit bürgerlichen Schichten und Anliegen überproportionale Aufmerksamkeit verschaffen.

Die Entwicklung der digitalen Infrastruktur in Deutschland vollzieht sich schleppend und benachteiligt ländliche Regionen. Anders verhält es sich beim Glasfaserausbau, der weder auf dem Land, noch in den meisten Städten vorankommt. In diesem Bereich gehört Deutschland zu den Schlusslichtern der OECD Staaten. Die Pandemie hat vor Augen geführt, welcher immensen Nachholbedarf es mit Blick auf die Vernetzung von Privathaushalten, aber auch des gesamten öffentlichen Sektors gibt.

### **Empfehlungen:**

- Die Macht der Plattformen sollte, vergleichbar mit den klassischen Massenmedien, stärker in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Hierzu sind ein Rechtsrahmen und neue Aufsichtsstrukturen notwendig.
- Die erheblichen Ausschlusseffekte der digitalen Partizipation begründen Handlungsbedarfe in der pädagogischen Ausbildung sowie in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, die mit gesellschaftlichem Engagement einhergeht, muss allen SchülerInnen zugänglich sein – unabhängig vom Elternhaus und der Schulform. Verbände und Parteien sollten ihre Organisationsstrukturen überprüfen, um für die junge Generation attraktiver zu werden.

- Der Ausbau der digitalen Infrastruktur erfordert Änderungen in den Prioritätensetzungen der Bundesregierung. Dazu gehört auch, den Erhalt der Marktanteile der Deutschen Telekom AG nicht gegenüber anderen Politikzielen zu privilegieren.

## **1. Vorbemerkung: Digitalisierung als Möglichkeitsraum**

Das Thema Digitalisierung und Demokratie beschäftigt viele Menschen, weil sich immer deutlicher abzeichnet, dass der Transformationsprozess, den moderne Gesellschaften derzeit durchlaufen, auch die Grundlagen ihrer politischen Ordnung erfasst. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Demokratie und Digitalisierung nicht ganz offensichtlich. Neuere Beiträge zu dieser Frage beginnen deshalb häufig mit der Frage: stärkt das Internet die Demokratie oder wird diese geschwächt?

Das Internet erscheint aus dieser Perspektive als treibende Kraft und die Gesellschaft als passive Empfängerin des technischen Fortschritts, die sich dann dazu verhalten muss. In der öffentlichen Diskussion lässt sich täglich aufs Neue beobachten, wieviel Autonomie und Gestaltungsmacht wir der digitalen Technik zuschreiben. Die Technik sitzt gewissermaßen auf dem Fahrer- und die Gesellschaft auf dem Rücksitz, von dem aus man das Fortkommen vielleicht beobachten, nicht aber effektiv beeinflussen oder gar steuern kann. Entsprechend wird das Aufkommen von sozialen Netzwerken für den Niedergang der traditionellen Massenmedien, für das Aufkommen von Desinformationskampagnen, die Zunahme öffentlicher Aggression bzw. Hassrede oder für Populismus verantwortlich gemacht. Von dieser Vorstellung sollten wir uns verabschieden, weil sie den Einfluss der Gesellschaft auf die Technik und die Selbstbestimmung der Menschen geringer veranschlagt, als er ist.

Das Verständnis von Digitalisierung als Treiber übersieht, wie tiefgreifend die Gesellschaft den digitalen Wandel ihrerseits prägt. Hält man sich vor Augen, dass die Digitalisierung im Kern nichts anderes ist, als eine Darstellung von Prozessen, Dingen und ihren Beziehungen untereinander in der binären Form von Nullen und Einsen, dann wird deutlich, wie enorm gestaltbar diese Technologie ist: nicht die Technik diktiert, wie wir sie nutzen, sondern Menschen geben der Technik ihre Prägung – allerdings in unterschiedlichem Maße.

Es lohnt sich, diesen Gedanken noch etwas weiterzuverfolgen. Digitalisierung, verstanden als Übersetzung der Welt in Nullen und Einsen, eröffnet viel Flexibilität. Soziologisch gesprochen, ermöglicht die Digitalisierung einen neuen Typ von Anschlusshandlungen. Vergegenwärtigen wir uns das am Beispiel des Zeitunglesens. Das Lesen einer gedruckten Ausgabe ändert den Zustand der Zeitung nicht. Liest man dagegen einen digitalen Artikel, können sehr viele Dinge passieren: die Cookies auf dem Telefon oder Computer registrieren, wer von wo aus auf den Artikel zugegriffen hat, wie lange man dort verweilt, ob man auf Links klickt und was man danach liest. Aus dieser Analyse werden Nutzungshistorien und -profile erstellt, die wiederum Empfehlungsalgorithmen speisen, die dann bestimmen, welche Artikel oder Informationen uns künftig angeboten werden. Das kontinuierliche Berechnen und Modifizieren von

kollektiven und individuellen Nutzungsprofilen erlaubt die Personalisierung von Informationsflüssen im Internet. Dabei handelt es sich um Anschlusshandlungen, die erst durch die Digitalisierung möglich geworden sind (Hösl 2020: 17ff.). Wichtig ist, dass die digitale Technik solche Anschlusshandlungen möglich macht, aber keineswegs erzwingt. Digitale Technik erweitert unsere Handlungsoptionen und macht die Welt daher komplexer. Aber die Bewältigung dieser Komplexität liegt in der Verantwortung von Menschen, genauer, in der Macht von Staaten und Organisationen, dem Einfluss von Kulturen oder gesellschaftlichen Gruppen. Der kulturelle und politische Einfluss auf die Digitalisierung wird nicht zuletzt in den national unterschiedlichen Nutzungsweisen deutlich.<sup>1</sup>

Zusammengefasst sollte man die digitale Technik nicht als Determinante gesellschaftlichen Wandels verstehen, sondern als *Möglichkeitsraum*, der offen für Gestaltung ist. Diese Gestaltung erfolgt mehr oder weniger gezielt und reflektiert. Sie vollzieht sich als schleichende Transformation von Routinen, Erwartungen und Normalität. Die Gestaltung digitaler Technik ist aber immer auch Gegenstand öffentlicher Debatten und staatlicher Regulierung, wie wir gegenwärtig am Beispiel des Einsatzes von Systemen Künstlicher Intelligenz beobachten. Die Digitalisierung sollte mithin nicht als ‚Unterwerfungsvorgang‘ oder feindliche Übernahme interpretiert werden. Ein angemesseneres Verständnis wäre es, von einem Prozess *gesellschaftlicher Aneignung* zu sprechen (mit Blick auf KI, Hofmann & Thiel 2021).

Was bedeutet dieses Verständnis von Digitalisierung für die Beziehung zur Demokratie? Dieser Frage widmen sich die folgenden Abschnitte mit Blick auf öffentliche Kommunikation, Partizipation und digitale Infrastrukturen.

## **2. Kommunikation und Öffentlichkeit**

Die öffentliche Sphäre bildet einen zentralen Bestandteil im Verständnis der repräsentativen Demokratie. Idealerweise handelt es sich dabei um einen offenen Kommunikationsraum, der es BürgerInnen erlaubt, ihre Sichtweisen und Anliegen zum Ausdruck zu bringen und diesen gegenüber der Politik Geltung zu verschaffen. Im Wege der öffentlichen Auseinandersetzung entsteht politische Willensbildung, aber auch eine gewisse Kontrolle gegenüber dem Regierungshandeln. Entsprechend wird die öffentliche Diskussion auch als Qualitätsmaßstab für die Bewertung von Demokratien herangezogen. Wichtige Kriterien sind, in welchem Maße die öffentliche Sphäre Offenheit und Transparenz, Ausgewogenheit, Inklusion, Zivilität und Diskursivität sicherzustellen vermag (Leopoldina 2021: 1f.).

Massenmedien stellen eine Vorbedingung für die repräsentative Demokratie dar: sie ermöglichen einen geographisch ausgedehnten Raum für den öffentlichen Diskurs und eine kommunikative Verbindung auch zwischen den Mitgliedern eines Gemeinwesens, die sich persönlich nie begegnen werden (Anderson 1983). In diesem Sinne sind Kommunikationsmedien und repräsentative Demokratien schon immer aufs Engste

---

<sup>1</sup> So spielt der Datenschutz in den USA eine viel geringere Rolle als in Europa. In China wiederum ist die staatliche Überwachung durch digitale Technik gesellschaftlich viel akzeptierter als in den USA oder Europa.

miteinander verknüpft (Habermas 1962; mit Bezug auf Digitalisierung, Hofmann 2019a; Berg, Rakowski & Thiel 2020).

## 2.1. Öffentlichkeit im Rückspiegel

Die Digitalisierung, insbesondere aber die Ausbreitung sozialer Netzwerke oder Kommunikationsplattformen steht für einen grundlegenden Strukturwandel der öffentlichen Sphäre. Bis in die 2010er Jahre begründeten die ‚alten Massenmedien‘<sup>2</sup> (Fernsehen, Rundfunk und Zeitung) die mediale Infrastruktur des öffentlichen Raums. Bei aller Unterschiedlichkeit in den Geschäftsmodellen zeichnet die alten Massenmedien aus, dass sie eigene Inhalte erstellen und publizieren. Auf der Grundlage professioneller journalistischer Kriterien produzieren, selektieren und interpretieren sie Informationen, die sie für gesellschaftlich relevant erachten.

Der massenmedial erzeugte öffentliche Raum ist durch eine strikte Trennung zwischen Produzierenden und Konsumierenden sowie einen unidirektionalen Informationsfluss gekennzeichnet: einem großen, als weitgehend passiv verstandenen Publikum stehen wenige SprecherInnen gegenüber, die sich im Wesentlichen aus dem Journalismus, der Politik, dem Kulturleben und der Wissenschaft rekrutierten. Eine überschaubare Anzahl von Informationskanälen sorgte für einen öffentlichen Raum, den wir im Rückspiegel als relativ homogen und überschaubar wahrnehmen. Mit dem Ergebnis, dass auch die öffentliche Meinung eine stärkere Kohärenz aufwies, zeichnete sich die Berichterstattung durch ähnlichere Inhalte, Problembeschreibungen und Kommunikationsstile aus.

Im Rückblick auf die Zeit vor der Verbreitung der neuen Medien zeigt sich, wie stabilisierend die alten Massenmedien auf das demokratische Leben gewirkt haben. Selbst die schärfste Kritik der Medien bezog sich für gewöhnlich auf PolitikerInnen und ihre Leistung, ließ die Demokratie, die demokratischen Ämter und die Verfassung als solche jedoch unangetastet. In diesem Sinne boten die alten Massenmedien einen Orientierungsrahmen, der verlässliche Weltdeutungen auf der Basis eines unhinterfragten Bekenntnisses zur Demokratie und zu demokratischen Spielregeln bot. Das wachsende Unbehagen, das heute vielfach gegenüber dem Strukturwandel der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommt, begründet sich nicht zuletzt aus der nachlassenden Stabilisierungsfunktion der alten Massenmedien.

Allerdings ist in diesem Unbehagen gegenüber dem digitalen Wandel zuweilen auch eine gewisse Verklärung der Vergangenheit zu beobachten. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass die alten Massenmedien für ihre Rolle als ‚Gatekeeper‘ vielfach kritisiert worden sind. Für die Mehrzahl der BürgerInnen, so etwa der Politikwissenschaftler Greven (1999), findet Politik nicht als Primärerfahrung statt, sondern als Ereignis, das durch die Medien vermittelt ist. Entsprechend müssen PolitikerInnen darauf zielen, „nicht nur in die Medien (zu) kommen, um wahrgenommen zu werden, sondern sie müssen einzelne Medien oder prominente

---

<sup>2</sup> Ich spreche hier wahlweise von alten oder klassischen Massenmedien, weil die neuen sozialen Medien inzwischen auch Massenmedien darstellen, selbst wenn sie bis heute nicht so bezeichnet werden.

Medienakteure als Unterstützer und Promotoren gewinnen, um erfolgreich sein zu können“ (Greven 1999: 217). Medien, so Greven, sind machtvolle Akteure, deren Einfluss jenem der Politik um nichts nachsteht (ebd.: 216).

Paradoxerweise stellt sich der digitale Medienwandel und der damit verbundene Machtverlust der alten Massenmedien zumindest aus Sicht der 1990er Jahre als ein Gewinn an Demokratie und Kommunikationsfreiheit dar. Das Weltdeutungsmonopol der Massenmedien schwächt sich ab, die Politik kann sich selbst zu Wort melden und mit den Menschen unmittelbarer kommunizieren. Gleichzeitig endet die viel beklagte ‚Zuschauerdemokratie‘. Mit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke können sich die BürgerInnen nun auch jenseits der Wahlzyklen politisch artikulieren. Warum also wird der aktuelle Medienwandel dennoch als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen?

## 2.2. Digitale Massenmedien: Plattformen

Seit gut zehn Jahren wird die digitale Medienlandschaft stark durch global agierende soziale Netzwerke oder Kommunikationsplattformen wie Facebook, Twitter, YouTube und Instagram geprägt. Für die junge Generation spielen auch Snapchat und TikTok eine große Rolle. Hinzu kommen Messenger-Dienste wie WhatsApp, Telegram oder Signal, die in wachsendem Umfang auch zur Kommunikation genutzt werden.

Im Unterschied zu den alten Massenmedien sind Plattformen keine Informationsproduzenten, sondern treten als vermittelnde Intermediäre auf, die Inhalte von Dritten zugänglich machen und Beziehungen zwischen NutzerInnen herstellen. Der Aufstieg der sozialen Netzwerke begann mit sogenannten nutzergenerierten Inhalten. Inzwischen spielen aber auch professionell erzeugte, unter anderem journalistische) Beiträge oder politische Kampagnen eine wachsende Rolle. Auf den ersten Blick mögen Plattformen aufgrund ihrer Mittlerfunktion wie neutrale Infrastrukturen wirken, tatsächlich leiten sie Inhalte jedoch nicht einfach durch, sondern betreiben häufig eine algorithmische gestützte Kuratierung (Gillespie 2018). Auf der Basis individueller Nutzungsprofile errechnen Plattformen die Neigungen und Interessen ihrer NutzerInnen, um dann mit Hilfe von Empfehlungsalgorithmen persönliche Informationsangebote zu erstellen (denen man dann folgen kann oder auch nicht).

Kommunikationsmedien, ob analog oder digital, sind immer selektiv. Die Kuratierungskriterien der Plattformen unterscheiden sich von jenen der alten Massenmedien in mehrfacher Hinsicht. Steht bei den Plattformen die erwartete Popularität der Inhalte im Vordergrund, spielt bei Rundfunk und Presse, je nach Zielgruppe, die journalistische Relevanz eine größere Rolle. Messenger-Dienste unterscheiden sich von Plattformen, weil sie eine unmittelbare, nicht kuratierte Verständigung zwischen einzelnen NutzerInnen oder Gruppenmitgliedern herstellen. Messenger-basierte Gruppen schaffen geschlossene Kommunikationsräume, die den Umfang von Teilöffentlichkeiten mit mehreren Tausenden Mitgliedern annehmen können. In einigen Ländern, darunter Brasilien, haben Messenger-

Dienste eine wichtige Rolle im Wahlkampf gespielt (Bursztyn & Birnbaum 2019; Evangelista & Bruno 2019; Moura & Michelson 2017).

Obwohl die Mediennutzungsforschung die anhaltende Relevanz der Massenmedien für breite Bevölkerungsteile bestätigt (Medienanstalten 2019), lässt sich derzeit eine zunehmende Verschiebung der Marktanteile zugunsten der Plattformen beobachten. Vor allem in der jungen Generation verlieren Fernsehen, Radio und Zeitung zugunsten von Plattformen an Bedeutung.

Die gegenwärtige Ko-Existenz zwischen alten und neuen Massenmedien ist nicht nur durch unterschiedliche Relevanzkriterien, sondern auch durch verschiedene Geschäftsmodelle geprägt (Nielsen & Ganter 2018; Rashidian et al. 2019). Um die junge Generation zu erreichen, sehen sich die alten Massenmedien dazu gezwungen, ihre Inhalte auch auf den großen Plattformen anzubieten. Weil Plattformen einen steigenden Anteil von Werbeeinnahmen erzielen, bestimmen sie seit einiger Zeit die Bedingungen der Zusammenarbeit mit den traditionellen Massenmedien. Ein Nebeneffekt dieser Kooperation besteht darin, dass die alten Massenmedien die Plattformen mit ihren hochwertigen journalistischen Inhalten aufwerten und damit zugleich ihrem eigenen Geschäftsmodell schaden (Nielsen und Ganter 2018).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich alte und neue Massenmedien derzeit wechselseitig überlagern und eine Ausdifferenzierung der Kommunikationsdienste vorantreiben. Diese Entwicklung weist eine hohe Dynamik auf, die durch das Nutzungsverhalten der jungen Generation entscheidend bestärkt wird. Plattformbetreibende können in Echtzeit beobachten, welche Funktionen ihre Nutzenden aufgreifen und auf dieser Grundlage ihre Dienste weiterentwickeln. Eine Folge für den öffentlichen Raum besteht in einer kaum überschaubaren Pluralisierung, Entkonventionalisierung und Entgrenzung der Inhalte sowie der Kommunikationsstrategien und -stile.

### 2.3. Folgen der bidirektionalen Kommunikation für die Öffentlichkeit

Die Folgen des digitalen Medienwandels für die Struktur und demokratische Qualität der öffentlichen Sphäre sind hochgradig ambivalent. Auf der einen Seite hat die digitale, bidirektionale Kommunikation die Qualität und Informationsvielfalt des öffentlichen Raums enorm bereichert. Es dürfte kaum noch ein gesellschaftliches Thema geben, zu dem sich nicht eine Vielzahl von unterschiedlichen Informationsquellen und -formaten finden lässt, professionell aufbereitet oder liebevoll mit Ausdauer zusammengetragen. Dieser Informationsreichtum kann dazu beitragen, Politik als alternativlosen Sachzwang infrage zu stellen, mit der Regierungen unpopuläre Entscheidungen gerne rechtfertigen. Der lebendigere öffentliche Diskurs demonstriert die Deutungsoffenheit gesellschaftlicher Sachverhalte und die politischen Wahlmöglichkeiten, die sich daraus ergeben. In dieser Hinsicht stärkt die digitale Kommunikation das demokratische Gemeinwesen.

Auf der anderen Seite sind auch Verluste zu bilanzieren. Dazu gehört die Schwächung gemeinsamer Bezugspunkte (Ingold 2017), die sich aus der zunehmenden Pluralisierung der Öffentlichkeit ergeben (Rau & Stier 2019). Die Vielzahl der Informationsquellen verbunden mit der algorithmischen Personalisierung von Informationsangeboten lässt vermuten, dass sich die gesellschaftlich integrierende Funktion von Massenmedien abschwächen könnte. Gleichzeitig hat sich der Raum des öffentlich Sagbaren in einem Maße ausgedehnt, das noch vor wenigen Jahren unvorstellbar schien. Zu beobachten ist eine fortschreitende Polarisierung und Normalisierung des unzivilen Diskurses. Dazu gehören verbale Aggressionen, Drohungen und Verleumdungen, die gezielte Verbreitung von Verschwörungstheorien, von Falschmeldungen sowie antisemitischem, rassistischem und faschistischem Gedankengut (Cammaerts 2020). Die sozialen Medien, insbesondere die geschlossenen Gruppen der Messenger-Dienste, bieten heute eine Bühne für demokratiefeindliche Akteure (Hofmann et al. 2020: 123. Vielfach ist es mittlerweile das Strafrecht, das die Grenzen des Sagbaren setzt und nicht länger die ‚zivilen Normen‘ einer gesellschaftlich geteilten Moral (Hofmann 2019b).

In der wissenschaftlichen Forschung besteht allerdings Uneinigkeit darüber, ob bzw. in welchem Umfang die sozialen Medien für die Polarisierung der öffentlichen Sphäre und die Radikalisierung gesellschaftlicher Gruppen verantwortlich gemacht werden können. Eine wichtige Rolle in der Diskussion spielen die Empfehlungsalgorithmen der Plattformen. Empfehlungsalgorithmen sind einflussreich. Auf YouTube sollen sie für rund 70% der angeklickten Videos verantwortlich sein (Solsman 2018). Empfehlungsalgorithmen stehen im Verdacht, zur Radikalisierung der NutzerInnen beizutragen, indem sie etwa die Bildung extremistischer Gruppen um spezifische YouTube-Kanäle herum anregen und so extremistische Einstellungen verstärken (Kaiser & Rauchfleisch 2020). Zudem belegt die empirische Forschung, dass soziale Netzwerke eine wichtige Rolle in der (transnationalen) Vernetzung extremistischer Gruppen und der Koordination von Desinformationskampagnen spielen (Heft et al. 2021).

Demgegenüber wird jedoch betont, dass der empirische Nachweis von Polarisierungseffekten durch soziale Medien schwierig oder sogar unmöglich ist. Nicht messen lässt sich, ob NutzerInnen aufgrund extremistischer Einstellungen bestimmte Inhalte auswählen oder empfohlene Inhalte tatsächlich zur Radikalisierung beitragen (Ledwich & Zaitsev 2020) Ungeklärt ist auch die damit verwandte Frage, ob soziale Medien extremistischen Einstellungen lediglich eine größere Sichtbarkeit als klassische Massenmedien verleihen oder tatsächlich für ihre Verbreitung verantwortlich sind. Die Vorstellung vom Internet als Ansammlung von ‚Echokammern‘ ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben. So zeigen empirische Erhebungen, dass Menschen, die soziale Medien intensiv nutzen, einer weit größeren Meinungsvielfalt ausgesetzt sind als jene, die sich auf einzelne Zeitungen oder Fernsehkanäle beschränken (Kaiser & Rauchfleisch 2020; Flaxman et al. 2016). Unbestreitbar ist indes, dass soziale Medien die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Mitglieder gesellschaftlicher Minderheiten einander begegnen und sich als Gruppe formieren können. Diese koordinierende Funktion für Randgruppen kann emanzipierend wirken, wenn sie die Sichtbarkeit und Gleichstellung diskriminierter Gruppen unterstützt (die #MeToo-Bewegung

ist ein aktuelles Beispiel). Sie kann aber auch antidemokratisch wirken, sofern extremistische Kräfte davon profitieren.

Plattformen haben eine erhebliche Machtposition in der öffentlichen Meinungsbildung erlangt. Diese Macht geht über die Gatekeeper-Funktion der alten Massenmedien deutlich hinaus. Als Infrastrukturen des öffentlichen Raums definieren Plattformen die Regeln des öffentlichen Diskurses. Dazu gehört auch, wie BürgerInnen im Einzelnen miteinander kommunizieren: Likes, Tweets, Retweets, Befreunden und Entfreunden sind Beispiele für eine ‚Formatierung‘ kommunikativer Handlungen, die sich messen und algorithmisch bewerten lassen, um dann in neue Formen sozialer Schichtung einzufließen (Langley & Leyschon 2017: 20).

Das Geschäftsmodell digitaler Plattformen besteht in der Inwertsetzung von Daten (Rahman & Thelen 2019). Plattformen schaffen einen historisch beispiellosen Datenvorrat, aus dem sich Informationen über unser individuelles und kollektives Kommunikationsverhalten, über unsere politischen Neigungen, Interessen und Schwächen gewinnen lassen. Zumindest potentiell verfügen Plattformen über mehr Informationen bezüglich ihrer NutzerInnen als jede andere staatliche oder private Instanz (Fourcade & Gordon 2020; Zuboff 2019). Kein anderer Wirtschaftszweig reicht so tief in das gesellschaftliche Leben hinein (Dolata 2018), gleichzeitig wird es immer schwerer, auf die Nutzung von Plattformen zu verzichten. Bezogen auf die öffentliche Sphäre erwächst daraus eine wenig kontrollierte, intransparente Form der ‚Meinungsmacht‘ (Helberger 2020), die nicht zuletzt im Kontext von Wahlkämpfen sehr einflussreich sein kann.

#### 2.4. Empfehlungen

Plattformen entwickeln sich zum Strukturmerkmal digitaler Gesellschaften. Das heißt, sie sind kein Übergangsphänomen. Sie werden nicht wieder verschwinden. Entsprechend müssen sie durch Regeln und kontinuierliche Aufsicht national wie europäisch eingehegt werden. Eine Bedingung dafür ist ein umfassender Datenzugang. Wir wissen zu wenig darüber, was Plattformen über uns wissen und wie sie unsere Kommunikation ordnen. Zu klären ist auch, ob Plattformen (Dritte ausschließende) Eigentumsrechte an den Daten, die sie über ihre NutzerInnen sammeln, geltend machen können (Rieger & Hofmann 2020).

Kommunikationsplattformen stellen eine neue Generation von Medienanbietern dar und sollten deshalb dem Prinzip der *staatsfernen Medienregulierung* unterworfen werden. Dazu gehört die

- Formulierung rechtlicher Rahmenbedingungen, die nach Möglichkeit Plattformvielfalt fördern sowie
- die darin zu definierende ‚dienende Freiheit‘ im Interesse der demokratischen Meinungsbildung,



- aber auch Aufsichtskompetenzen beispielweise in Form von „Plattformräten“ (vertiefend dazu Kette mann & Fertmann 2021; Meyer & Klaus a 2021), welche gesellschaftliche Interessengruppen einbinden.

### 3. Digitale Partizipation

Lebendige Demokratien sind auf eine aktive politische Bürgerschaft angewiesen. Darin ist sich die Demokratieforschung einig. Was unter politischer Aktivität aber genau zu verstehen ist, darüber gibt es derzeit keinen Konsens. Ein Grund dafür ist, dass sich das politische Engagement im Zeitverlauf immer wieder wandelt. Bis in die späten 1960er Jahre galten etwa die Teilnahme an Wahlen und die Mitgliedschaft in Parteien als zentrale Merkmale politischer Partizipation (Theocharis & de Moor 2021: 5; Niedermayer 2001). Neue, informelle Handlungsformen, wie etwa die Teilnahme an Demonstrationen oder das Mitwirken in Bürgerinitiativen mussten sich ihre Anerkennung erst erkämpfen. Eine ähnliche Umbruchsituation lässt sich auch gegenwärtig feststellen. Die Digitalisierung erleichtert informelle politische Ausdrucksformen und erweist sich damit als Trendverstärker. Es wäre jedoch falsch, die wachsende Vielfalt demokratischer Beteiligungsformen und -vorstellungen allein auf die Digitalisierung zurückführen zu wollen (Hofmann 2019a).

Allen Unkenrufen zum Trotz zeigen neuere Erhebungen, dass die junge Generation nicht weniger politisch ist als ihre Vorgänger und sich durch ein sehr hohes Maß an gesellschaftlichem und politischem Engagement auszeichnet (Schneekloth & Albert 2019). Knapp 64% der von der Engagement-Kommission befragten Jugendlichen gaben an, sich innerhalb des vergangenen Jahres gesellschaftlich oder politisch engagiert zu haben (Hofmann et al. 2020: 98). Bemerkenswert ist, dass sich inzwischen fast 22% der jungen Erwachsenen digital engagieren (Hofmann et al. 2020: 41).<sup>3</sup>

#### 3.1. Wandel in den Organisationsformen des Engagements

Lokale Vereine und Verbände spielen in der jungen Generation auch heute noch eine sehr große Rolle, aber die langfristige Bindung an politische Parteien verliert offensichtlich an Attraktivität (Hofmann et al. 2020: 128). Das nachlassende Interesse an politischen Parteien wurde durch die Gespräche der Engagement-Kommission mit engagierten Jugendlichen bestätigt. Mit Parteien verbinden junge Erwachsene eher verkrustete Strukturen, wie etwa tief verwurzelte Hierarchien, die altgediente gegenüber jungen Parteimitgliedern privilegieren, aber auch eine gewisse Trägheit in der inhaltlichen Erneuerung. Verglichen mit der Beteiligung an Bewegungen und Kampagnen erscheint die zeitintensive und verbindliche parteipolitische Arbeit eher weniger wirksam, wenn nicht sogar unproduktiv.<sup>4</sup> Viele junge

---

<sup>3</sup> Festzustellen ist in diesem Kontext, dass junge Erwachsene heute nicht länger zwischen digitalem und nicht digitalem politischem Handeln unterscheiden. Das Online- und Offline-Leben verschmelzen vielmehr zu einem neuen mediatisierten Erfahrungsraum.

<sup>4</sup> Einige Parteien, darunter die Piratenpartei, reagieren auf diese Entwicklung durch flexibilisierte Formen der Mitgliedschaft oder auch durch die Entstehung von neuen ‚Bewegungsparteien‘ wie etwa in Frankreich ‚La République En Marche‘ oder ‚Movimento 5 Stelle‘ in Italien (Chadwick & Stromer-Galley 2016).

Engagierte verknüpfen ihre politischen Anliegen auch mit einer Kritik an der repräsentativen Demokratie und zeigen Interesse an direktdemokratischen Verfahren (Merkel & Ritzi 2017). Eine Rolle spielt auch, dass sich die junge Generation stärker themenspezifisch, etwa in der Klima- oder Migrationspolitik als parteipolitisch beteiligen möchte (Zuckerman 2014).

Der Vorzug wird Formen des Engagements gegeben, die spontaneres, zielgerichtetes und ‚zeitsouveränes‘ Engagement in temporären Gemeinschaften erlauben (Hofmann et al. 2020: 23) und den Beteiligten weniger kollektive Identifikation abverlangen. Politiknetzwerke und Bewegungen bieten zudem größere Spielräume für das Ausprobieren individueller Selbstwirksamkeit. Der individuelle Aspekt politischen Handelns wird in der jungen Generation stärker herausgestellt als in den vorangegangenen Generationen der Partei- und Verbändemitglieder (Bennett & Segerberg 2012: 743f.). Dieser Wandel vollzieht sich allerdings nicht von heute auf morgen: Immerhin gaben fast zwei Drittel der im Rahmen des Engagementberichts Befragten an, in einer traditionellen Organisation (Verein, Verband, Partei) aktiv zu sein (Hofmann et al. 2020: 41). Nicht zuletzt aufgrund der lokalen Anbindung und Geselligkeit, die sie bieten, bleiben Organisationen als Lern- und Handlungsorte für die demokratische Bildung auch in Zukunft unverzichtbar. Insgesamt deutet die empirische Engagementforschung auf eine beeindruckende Pluralisierung von Engagementformen und Organisationsprinzipien hin, in der sich digitale und analoge Elemente (soweit diese Unterscheidung noch sinnvoll ist, siehe Fußnote 4) immer stärker überlappen.

Digitale Medien reduzieren die notwendigen Ressourcen für das kollektive Handeln und vergrößern damit das Spektrum informeller Organisationsformen (Bimber 2017). Daraus ergeben sich neue Spielarten des Engagements, welche die bestehenden Formen weniger ablösen als ergänzen. Chadwick und Stromer-Galley (2016: 286) zufolge besteht daher eine „elective affinity“, also eine Wahlverwandtschaft, zwischen digitalen Medien und neuen Formen der politischen Beteiligung. Zugleich senken digitale Organisationsformen die Zugangsschwellen, sodass auch Menschen mit geringem Bezug zur gesellschaftlichen oder politischen Teilhabe auf einfache Weise damit in Berührung kommen können. Beispiele dafür sind punktuelle bzw. befristete Formen des Engagements wie das Unterzeichnen von Online-Petitionen, das Weiterleiten von Spendenaufrufen oder Artikeln in sozialen Medien, aber auch anspruchsvollere, projektförmige Arten der Beteiligung.<sup>5</sup> Aus fluiden Netzwerken (Bennett & Segerberg 2012: 748) können sich zuweilen politische Bewegungen wie etwa ‚Extinction Rebellion‘ oder ‚Fridays for Future‘ formieren, die durch ihre kreativen Aktionen, ihr schnelles internationales Wachstum und den im Verhältnis dazu geringen Organisationsgrad beeindruckend. Bezeichnend für die neuen „Kollektive ohne Zentrum“ (Horn 2009) ist die Unvorhersagbarkeit ihrer Stärke und Mobilisierung, häufig allerdings auch die Kurzlebigkeit ihres Daseins. Zugleich steigt mit ihnen die Flüchtigkeit politischen Handelns, da der Einsatz individueller Ressourcen immer kleinteiliger und auch spontaner dosiert werden kann.

---

<sup>5</sup> Ein Beispiel dafür ist Correlaid (<https://correlaid.org/de/>), ein Netzwerk, das DatenanalytInnen mit gemeinnützigen Organisationen verknüpft. Die Engagierten verpflichten sich hier im Rahmen von Projekten für einen überschaubaren Zeitraum.

### 3.2. Kritik und Verteidigung des digitalen Engagements

In der häufig zu spürenden Dringlichkeit, dem strikten Themen- und Gegenwartsbezug, liegt eine Besonderheit und zugleich auch eine Schwäche der jungen digitalen Teilhabe. Wie Zuckerman (2014: 153) beobachtet, neigt das junge digitale Engagement dazu, öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber langfristiger Wirksamkeit zu prämiieren und damit vor allem auf solche Aktionsformen zu setzen, die sich gegenüber solchen, welche die Welt auch tatsächlich zu verändern mögen, leicht digital realisieren lassen. Zugleich mangle es den digitalen Bewegungen an organisatorischen Strukturen und Fähigkeiten, wie sie für politische Parteien typisch und das politische Gemeinwesen wichtig sind: verbindliche Entscheidungen treffen und konkurrierende politische Anliegen abwägen bzw. und miteinander versöhnen zu können. Digitale Beteiligungsformen stoßen also nicht nur auf positive Resonanz.

Ein verbreiteter Vorwurf lautet, dass Handlungen wie Tweeten, Liken, Weiterleiten oder das Unterzeichnen einer Petition die Schwelle dessen, was man unter politischer Partizipation versteht senke und damit die Unverbindlichkeit politischen Handelns bis zur Unkenntlichkeit erhöhe. Der sogenannte ‚Armchair Aktivismus‘, auch als ‚Slackivism‘ bezeichnet, suggeriere politischen Einfluss lediglich, statt diesen praktisch herzustellen (Morozov 2009). Der Kritik an der Verflachung politischer Partizipation wird jedoch mit dem Argument entgegnet, dass „tiny acts of participation“ den zentralen kategorialen Beitrag bilden, den die sozialen Medien zur demokratischen Beteiligungslandschaft hinzufügen (Margetts 2019: 108). Die geringeren Beteiligungshürden dehne den Kreis der Engagierten aus und erhöhen auf diese Weise die (wenngleich geringe) Chance einer Herausbildung neuer politischer Bewegungen. Denn die „tiny acts of participation“ kommunizieren „signals of viability“, gewissermaßen Relevanzsignale an Dritte, und verbessern damit die Voraussetzungen für die Entstehung von politischen Bewegungen (Margetts 2019: 111; siehe auch Zuckerman 2014).

Ein weiterer, wohl noch schwerwiegenderer Kritikpunkt betrifft die gesellschaftliche Ungleichheit im digitalen Engagement. Die empirischen Befunde des Engagementberichts bestätigen, dass sich die digitale Beteiligung rund um Klimaschutz, Seenotrettung oder gesellschaftliche Diskriminierung ganz überwiegend aus dem bildungsstarken Bürgertum rekrutiert. Es sind vorwiegend GymnasiastInnen und Studierende, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren, während junge Menschen mit Hauptschulabschluss kaum unter den politisch Aktiven zu finden sind. Wenn sich junge Erwachsene mit einem niedrigen Bildungsgrad engagieren, dann überwiegend im niedrighschwelligem Bereich (Hofmann et al. 2020: 54). Wie der Engagementbericht argumentiert, zeigen Modellprojekte zur Aktivierung von Jugendlichen im Rahmen von Schulprojekten, dass politische Abstinenz keine Frage der fehlenden Motivation, sondern zumeist auf fehlende Gelegenheitsstrukturen zurückzuführen ist. Die bekannten Gründe hierfür liegen in der ungleichen Verteilung von innerfamiliären oder peergruppen-vermittelten Zugängen zum Engagement, in unterschiedlichen Zeitbudgets aber auch in milieuspezifischen Sprachbarrieren und mangelnden digitalen Vorkenntnissen. Digitale Partizipation weist folglich einen besonders ausgeprägten ‚bildungsexklusiven‘ Charakter auf (Hofmann et al. 2020: 124).

Die Folgen der digitalen Ungleichheit im politischen Engagement sind gravierend. Zum einen werden die ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und wechselseitiger sozialer Anerkennung, aber auch um diese besondere Form außerschulischer Bildung gebracht, die sich aus politischer Teilhabe ergibt (BMFSFJ 2017: 196). Das Bildungsgefälle wird auf diese Weise noch verstärkt. Zum anderen erlangen die Lebenswelten und gesellschaftlichen Perspektiven marginalisierter Gruppen nicht die öffentliche Sichtbarkeit und das politische Gewicht, das ihnen eigentlich gebührt (Hofmann et al. 2020). Aus demokratietheoretischer Sicht stellen sich zumindest anspruchsvolle digital vermittelte Formen der Beteiligung somit als zweiseitiges Schwert dar (Theocharis & de Moor 2021: 9). Auf der einen Seite erzeugen sie integrative Effekte, in dem sie das Repertoire demokratischer Teilhabe für neue Bevölkerungskreise und neue Formen der Intervention öffnen. Auf der anderen Seite weisen sie massive Ausschlusseffekte auf und verstärken die digitale Ungleichheit zulasten jener, deren Anliegen in der öffentlichen Diskussion ohnehin unterrepräsentiert sind.

### 3.3. Empfehlungen zum Thema Partizipation

Der wohl dringendste politische Handlungsbedarf besteht bezüglich der erheblichen sozialen Ungleichheit im politischen Engagement im Allgemeinen und im digitalen politischen Engagement im Besonderen. Der Engagementbericht (Hofmann et al. 2020) schlägt vor, primär an den Schulen anzusetzen:

- Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen und in Einrichtungen der Bildungsarbeit
- alle Schultypen sollten gesellschaftliches Engagement, politische Beteiligung und den Erwerb reflexiver Kompetenzen erfahrbar machen und in den Unterricht integrieren
- Stärkung digitaler Kompetenzen in der pädagogischen Arbeit und der außerschulischen Jugendarbeit: Das Lehrpersonal sollte sich regelmäßig weiterbilden, um die Kommunikationsdienste und Tools, die junge Menschen nutzen, zumindest zu kennen und zu verstehen
- Entwicklung von Arbeits- und Bildungsformaten, die Jugendliche im Umgang mit unzivilen Verhaltensweisen, anti-demokratischen Inhalten und Desinformationskampagnen unterstützt
- wenn Parteien und Verbände für junge Menschen weiterhin attraktiv sein wollen, sollten sie sich für die veränderten Beteiligungswünsche öffnen und etwa auch projektförmige Partizipationsformate anbieten
- stärkere Anerkennung des jungen digitalen Engagements in Parteien, Vereinen und Verbänden, etwa indem Nominierungen für Wahlämter neben ‚verdienten‘ auch jungen Mitgliedern angeboten werden. Auch symbolische Anerkennungen wie Preise und Auszeichnungen können helfen.

#### 4. Infrastruktur und regionale Verteilung

Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit einer bestenfalls durchschnittlich entwickelten digitalen Infrastruktur, die vor allem im ländlichen Raum noch viele weiße Löcher aufweist. Im Frühjahr 2020, in den ersten Wochen der Pandemie, waren in den Nachrichten Bilder von Menschen zu sehen, die mit dem Auto in die nächst gelegene Kreisstadt fahren, um auf dem Parkplatz des Supermarktes Hausarbeiten für die Kinder herunterzuladen oder E-Mails zu verschicken. Auch in vielen öffentlichen Versorgungsbereichen wie dem Gesundheits- oder Bildungssektor ist die digitale Ausstattung unzureichend und das Personal nur mangelhaft digital qualifiziert. Schulplattformen sind dem hohen Bedarf nicht gewachsen und untereinander inkompatibel. Die Gesundheitsämter verwalten die Pandemie teils mit Zettel und Bleistift, weil die Software fehlerhaft ist oder die Schnittstellen zwischen einzelnen Programmen fehlen.

Zwar ist der Zugang der Haushalte zu Breitbandverbindungen insgesamt gut, aber es besteht nach wie vor ein großes Gefälle zwischen Städten (97,8% der Haushalte verfügen über einen Internetanschluss mit bis zu 50 Mbit/s) und ländlichen Gebieten (lediglich 77,1%; BMVI 2020: 10). Je höher das Datenvolumen, desto deutlicher fallen die regionalen Unterschiede aus. So haben derzeit nur 16,7% aller Haushalte im ländlichen Raum einen 1000 Mbit/s Internetanschluss gegenüber 74,6% in der Stadt (BMVI 2020: 10). Solche Übertragungsgeschwindigkeiten sind kein Luxus, sondern in Zeiten des pandemiebedingten ‚home schooling‘ und ‚home office‘ unbedingt erforderlich. Dies gilt vor allem dann, wenn mehrere Personen gleichzeitig an Online-Sitzungen teilnehmen.

Mit Blick auf die Glasfasertechnik, die nach übereinstimmender Meinung der Experten die „Infrastruktur der Zukunft“ darstellt (Bundesnetzagentur 2019: 51), befindet sich Deutschland lediglich auf Platz 34 unter den OECD Ländern. Im Jahr 2020 hatten 4,7% der Bevölkerung Zugang zu einem Glasfaseranschluss (in Südkorea liegt der Anteil seit Jahren bei über 80%). Es gibt nur vier OECD-Länder, in denen der Anteil der Glasfaseranschlüsse noch niedriger ist. Interessanterweise ist das deutsche Stadt-Land-Gefälle in diesem Bereich jedoch sehr viel geringer ausgeprägt (Statista 2021). Einige wenige Städte, darunter Köln und München, ragen heraus während alle anderen mit Knappheit kämpfen/um Zugang ringen. Bezeichnenderweise sind es lokale Anbieter, die den Ausbau des Glasfasernetzes vorantreiben, während die großen Unternehmen, allen voran die Deutsche Telekom, daran festhalten, das Kupferkabelnetz durch Vectoring-Technologien technisch aufzurüsten, weil es keine hinreichende Nachfrage für schnellere, aber auch teurere Glasfaseranschlüsse gibt (Winzer & Massarczyk 2018: 309<sup>6</sup>). Der Ausbau von flächendeckenden Infrastrukturen erfolgt jedoch üblicherweise angebotsorientiert in der Erwartung, dass sich vorhandene Kommunikationsnetze ihre Nachfrage schaffen.

---

<sup>6</sup>Die Verantwortung für das Festhalten an veralteten Technologien liegt allerdings nicht allein bei der Deutschen Telekom selbst. Der deutsche Staat hält 31,9% der Anteile am Unternehmen und hat somit beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik.

Der Zugang zu einer guten digitalen Infrastruktur in ländlichen Regionen ist ein wichtiger Faktor, um Abwanderung zu vermeiden, aber auch um interessierten Menschen die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen oder politischen Engagements zu ermöglichen (BMFSFJ 2017; Tillmann 2018). Die lokalen Gelegenheitsstrukturen für die gesellschaftliche und politische Beteiligung vor allem für junge Menschen sind außerhalb der großen Städte sehr viel schwächer entwickelt. Daher kommt dem Internet, auch im Verständnis der jungen Leute selbst, häufig eine Art Kompensationsfunktion zu (Hofmann et al. 2020: 58-60). Diese Kompensationsfunktion bestätigen fast 40% der jungen Erwachsenen aus ländlichen Gebieten gegenüber rund 21 bis 26% derjenigen in großen bzw. mittleren Städten (Hofmann et al. 2020: 58-60). Ein weiterer Beleg hierfür zeigt sich darin, dass selbst organisierte Gruppen im Unterschied zur Beteiligung in der etablierten Vereins- und Verbändelandschaft im Bereich des Engagements in kleinen Gemeinden einen deutlich höheren Stellenwert innehaben als in größeren Städten (Hofmann et al. 2020: 58-60).

Mit dem digitalen Engagement verbinden die befragten jungen Menschen mehr zeitliche Flexibilität und natürlich auch eine größere Vielfalt in den Möglichkeiten des Engagements. Die zeitliche Selbstbestimmung in der Partizipation ist für die junge Generation in ländlichen Gegenden noch erheblich wichtiger als in den Städten, was auf das regional unterschiedliche Zeitbudget zurückzuführen sein dürfte. Vor allem die erforderlichen Fahrtzeiten scheinen die verfügbare Freizeit im ländlichen Raum einzuschränken. Daraus lässt sich schließen, dass der Zugang zur digitalen Infrastruktur für junge Menschen außerhalb der Großstädte eine überdurchschnittlich große Bedeutung hat. Ein Viertel der Befragten gab an, sich überwiegend oder vollständig digital zu engagieren (gegenüber lediglich 12% in großen und mittleren Städten) (Hofmann et al. 2020: 55-60). Das regionale Gefälle in der verfügbaren digitalen Infrastruktur wirkt sich folglich sehr nachteilig auf die Lebenschancen der jungen Generation in ländlichen Gebieten aus.

#### 4.1. Statt konkreten Empfehlungen

In Deutschland besteht zwar ein Rechtsanspruch auf einen Telefonanschluss, nicht aber auf schnelles Internet oder gar einen Glasfaseranschluss. Das reformierte Telekommunikationsgesetz (TKG) sollte dieses Recht enthalten, beschlossen wurde dann jedoch lediglich ein „Recht auf lahmes Internet“ (Rudl 2021), das den Ausbau des Glasfasernetzes nicht merklich vorantreiben dürfte. Obwohl das „Graue-Flecken-Förderprogramm“ des BMVI die staatlichen Fördermaßnahmen, von denen bislang überwiegend die Deutsche Telekom profitiert hat, erweitert und die Antragstellung erleichtert, rufen die Gemeinden die bereitstehenden Mittel nach wie vor nur in geringem Umfang ab. Aus historischen Gründen ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland immer wieder mit einer Begünstigung der Deutschen Telekom AG verknüpft. Solange die Regierungsparteien der digitalen Infrastruktur an sich nicht eine höhere politische Priorität einräumen und von Erwägungen zum Erhalt der Wettbewerbsposition des ehemaligen Staatsbetriebs entkoppeln, wird sich das Ausbautempo vermutlich nicht erhöhen. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Druck könnte in diesem Zusammenhang hilfreich sein.

## 5. Literaturverzeichnis

- Anderson, B. (1983). *Imagined Communities*. Verso.
- Bennett, W. L., & Segerberg, A. (2012). The Logic of Connective Action: Digital media and the personalization of contentious politics. *Information, Communication & Society*, 15(5), 739–768. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2012.670661>
- Berg, S., Rakowski, N., & Thiel, T. (2020). Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(2), 171–191. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00207-6>
- Bimber, B. (2017). Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. *Political Communication*, 34(1), 6–20. <https://doi.org/10.1080/10584609.2016.1223772>
- BMFSFJ. (2017). *Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland – Schwerpunkt: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung* (BT-Drs. 18/11800). Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMVI. (2020). *Bericht zum Breitbandatlas Teil 1: Ergebnisse*. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.
- Bundesnetzagentur. (2019). *Kernaufgabe Infrastrukturausbau Nachhaltige Verbindungen*. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Presse und Öffentlichkeitsarbeit.
- Bursztyn, V. S., & Birnbaum, L. (2019). Thousands of small, constant rallies: A large-scale analysis of partisan WhatsApp groups. *Proceedings of the 2019 IEEE/ACM International Conference on Advances in Social Networks Analysis and Mining*, 484–488. <https://doi.org/10.1145/3341161.3342905>
- Cammaerts, B. (2020). The neo-fascist discourse and its normalisation through mediation. *Journal of Multicultural Discourses*, 15(3), 241–256. <https://doi.org/10.1080/17447143.2020.1743296>
- Chadwick, A., & Stromer-Galley, J. (2016). Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? *The International Journal of Press/Politics*, 21(3), 283–293. <https://doi.org/10.1177/1940161216646731>
- Dolata, U. (2018). *Privatisierung, Kuratierung, Kommodifizierung: Kommerzielle Plattformen im Internet* (Nr. 2018–04; Research Contributions to Organizational Sociology and Innovation Studies, SOI Discussion Papers). University of Stuttgart, Institute for Social Sciences, Department of Organizational Sociology and Innovation Studies. <https://ideas.repec.org/p/zbw/stusoi/201804.html>
- Evangelista, R., & Bruno, F. (2019). WhatsApp and political instability in Brazil: Targeted messages and political radicalisation. *Internet Policy Review*, 8(4), 1–23. <https://doi.org/10.14763/2019.4.1434>
- Flaxman, S., Goel, S., & Rao, J. M. (2016). Filter Bubbles, Echo Chambers, and Online News Consumption. *Public Opinion Quarterly*, 80(S1), 298–320. <https://doi.org/10.1093/poq/nfw006>
- Fourcade, M., & Gordon, J. (2020). Learning Like a State: Statecraft in the Digital Age. *Journal of Law and Political Economy*, 1(1), 78–108.
- Gillespie, T. L. (2018). Platforms Are Not Intermediaries. *Georgetown Law Technology Review*, 2(2), 198–216.
- Greven, M. Th. (Hrsg.). (1999). *Die politische Gesellschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93340-9>
- Habermas, J. (1962). *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft ; mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Suhrkamp.
- Heft, A., Knüpfer, C., Reinhardt, S., & Mayerhöffer, E. (2021). Toward a Transnational Information Ecology on the Right? Hyperlink Networking among Right-Wing Digital News Sites in Europe and the United States. *The International Journal of Press/Politics*, 26(2), 484–504. <https://doi.org/10.1177/1940161220963670>

- Helberger, N. (2020). The Political Power of Platforms: How Current Attempts to Regulate Misinformation Amplify Opinion Power. *Digital Journalism*, 8(6), 842–854. <https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1773888>
- Hofmann, J. (2019a). Mediated democracy – Linking digital technology to political agency. *Internet Policy Review*. <https://doi.org/10.14763/2019.2.1416>
- Hofmann, J. (2019b). Digitalisierung, Öffentlichkeit, Demokratie – drei Thesen . Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Debatte: Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen. Heft 20, 44-51.
- Hofmann, J., Züger, T., Adler, A., & Tiemann-Kollipost, J. (2020). *Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter und Stellungnahme der Bundesregierung* (Unterrichtung durch die Bundesregierung Nr. 19/19320). Deutscher Bundestag.
- Hofmann, J., & Thiel, T. (2021). Schleichende Übernahme. Künstliche Intelligenz und der Wandel der Demokratie. *WZB Mitteilungen*, 171, 9–11.
- Horn, E. (2009). Schwärme – Kollektive ohne Zentrum. Einleitung. In E. Horn & L. M. Gisi (Hrsg.), *Schwärme, Kollektive ohne Zentrum: Eine Wissensgeschichte zwischen Leben und Information* (S. 7–26). Transcript.
- Hösl, M. (2020). *Von der Informationsgesellschaft zur Digitalpolitik: Digitalisierungsdiskurse und intraministerieller Wandel* [Dissertation]. Universität Bremen.
- Ingold, A. (2017). Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. *Der Staat*, 56(4), 491–533.
- Kaiser, J., & Rauchfleisch, A. (2020). Birds of a Feather Get Recommended Together: Algorithmic Homophily in YouTube’s Channel Recommendations in the United States and Germany. *Social Media + Society*, 6(4), 1–15. <https://doi.org/10.1177/2056305120969914>
- Kettemann, M. C., & Fertmann, M. (2021). *Die Demokratie plattformfest machen. Social Media Councils als Werkzeug zur gesellschaftlichen Rückbindung der privaten Ordnungen digitaler Plattformen*. Friedrich Naumann Stiftung.
- Klausa, T., & Meyer, V. (2021). *Regulierung digitaler Kommunikationsplattformen. Wie die Netzwerk-Ökonomie den demokratischen Diskurs im Netz herausfordert*. Heinrich-Böll-Stiftung.
- Langley, P., & Leyshon, A. (2017). Platform capitalism: The intermediation and capitalization of digital economic circulation. *Finance and Society*, 3(1), 11–31. <https://doi.org/10.2218/finsoc.v3i1.1936>
- Ledwich, M., & Zaitsev, A. (2020). Algorithmic extremism: Examining YouTube’s rabbit hole of radicalization. *First Monday*. <https://doi.org/10.5210/fm.v25i3.10419>
- Leopoldina. (i.E.). *Digitalisierung und Demokratie. Stellungnahme*.
- Margetts, H. (2019). Rethinking Democracy with Social Media. *The Political Quarterly*, 90, 107–123. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12574>
- Medienanstalten. (2019). *Vielfaltsbericht 2019 der Medienanstalten*.
- Merkel, W., & Ritz, C. (Hrsg.). (2017). *Die Legitimität direkter Demokratie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16233-7>
- Morozov, E. (2009). The brave new world of slacktivism. *Foreign Policy*. <https://foreignpolicy.com/2009/05/19/the-brave-new-world-of-slacktivism/>
- Moura, M., & Michelson, M. R. (2017). WhatsApp in Brazil: Mobilising voters through door-to-door and personal messages. *Internet Policy Review*, 6(4), 1–18. <https://doi.org/10.14763/2017.4.775>
- Nielsen, R. K., & Ganter, S. A. (2018). Dealing with digital intermediaries: A case study of the relations between publishers and platforms. *New Media & Society*, 20(4), 1600–1617. <https://doi.org/10.1177/1461444817701318>
- Rahman, K. S., & Thelen, K. (2019). The Rise of the Platform Business Model and the Transformation of Twenty-First-Century Capitalism. *Politics & Society*, 47(2), 177–204. <https://doi.org/10.1177/0032329219838932>
- Rau, J. P., & Stier, S. (2019). Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 13(3), 399–417. <https://doi.org/10.1007/s12286-019-00429-1>



- Rieder, B., & Hofmann, J. (2020). Towards platform observability. *Internet Policy Review*, 9(4), 1–28. <https://doi.org/10.14763/2020.4.1535>
- Rudl, T. (2021). *Was das neue Telekommunikationsgesetz bedeutet*. Netzpolitik.org. <https://netzpolitik.org/2021/recht-auf-lahmes-internet-was-das-neue-telekommunikationsgesetz-bedeutet/>
- Schneekloth, U., & Albert, M. (2019). Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In M. Albert, K. Hurrelmann, G. Quenzel, & Kantar Publik (Hrsg.), *Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort* (Bd. 18, S. 47–102). Beltz.
- Simonson, J., Vogel, C., & Tesch-Römer, C. (Hrsg.). (2017). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-12644-5>
- Solsman, J. E. (2018). *YouTube's AI is the puppet master over most of what you watch*. cnet. <https://www.cnet.com/news/youtube-ces-2018-neal-mohan/>
- Statista. (2020). *Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen in den Ländern der OECD im Juni 2020*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/415799/umfrage/anteil-von-glasfaseranschluesen-an-allen-breitbandanschluesen-in-oecd-staaten/>
- Theocharis, Y., & de Moor, J. (2021). Creative Participation and the Expansion of Political Engagement. In Y. Theocharis & J. de Moor, *Oxford Research Encyclopedia of Politics* (S. 1–18). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.1972>
- Tillmann, F. (2018). Teilhabechancen von Jugendlichen in ländlichen Räumen: Eine indikatorengestützte Abbildung räumlicher Disparitäten. In M. Stein & L. Scherak (Hrsg.), *Kompendium Jugend im ländlichen Raum* (S. 173–185). Klinkhardt.
- Winzer, P., & Massarczyk, E. (2018). Nachfrage nach schnellen Internetanschlüssen in Deutschland. In C. Kochhan & A. Moutchnik (Hrsg.), *Media Management* (S. 307–326). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-23297-9\\_18](https://doi.org/10.1007/978-3-658-23297-9_18)
- Zuboff, S. (2019). *The age of surveillance capitalism: The fight for a human future at the new frontier of power* (First Trade Paperback Edition). PublicAffairs.
- Zuckerman, E. (2014). New Media, New Civics?: New Media, New Civics? *Policy & Internet*, 6(2), 151–168. <https://doi.org/10.1002/1944-2866.POI360>